

Stadtumbau und Soziale Stadt in Schwedt/Oder

Als ich nach meinem ersten Besuch in Schwedt/Oder wieder in Richtung Berlin fuhr, war ich einigermaßen ratlos. Es ging vorbei am hellerleuchteten Oder-Center und dem Petrochemischen Werk PCK, das zu den modernsten Europas zählt - doch vor allem blieben Bilder von der leerstehenden Fleischfabrik, in der seit Jahren niemand mehr arbeitet. Und Bilder vom Stadtteil Am Waldrand, für das ich im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ ein Konzept entwickeln sollte. Viele dunkle Fenster und Fassaden, leerstehende Wohnungen. Niedergangsstimmung.



ehemalige Fleischfabrik



leerstehendes Wohnhaus, vor Abriß

Wie sollte hier eine „Soziale Stadt“ mit aktiven Bewohnern und Gewerbetreibenden, stabilen Lebensverhältnissen und Perspektiven entstehen?

Seither sind mehr als zwei Jahre vergangen. Die Fleischfabrik steht nicht mehr, inzwischen hat sich hier ein Baumarkt angesiedelt. Einige Wohnblöcke sind von der Bildfläche verschwunden, wurden abgerissen. Das integrierte Handlungskonzept „Soziale Stadt“ ist längst fertiggestellt und wird umgesetzt. Es gibt ein Stadtteilbüro und einen „Arbeitskreis Soziale Stadt“. Für das integrierte Stadtentwicklungskonzept erhielt die Stadt Schwedt/Oder im Wettbewerb „Stadtumbau Ost“ vor einigen Monaten einen ersten Preis. Das klingt nach Erfolgsstory.

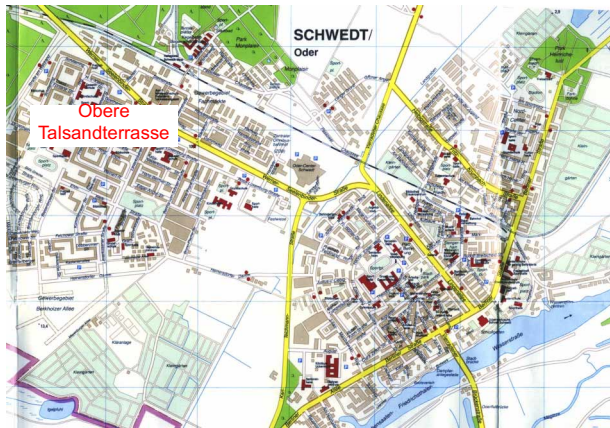
In folgendem Bericht möchte ich Sie zu einer Zeitreise durch diese zwei Jahre einladen und dabei folgende Themen und Fragen in den Mittelpunkt stellen:

1. Von der schrumpfenden Stadt zum Stadtumbau - wie sehen das die Bewohner?
2. Ein Stadtteil auf Zeit - Was ist zu tun?
3. Stadtumbau und „Soziale Stadt“ - Geht es gemeinsam?

Von der schrumpfenden Stadt zum Stadtumbau

Auf dem nächsten Bild sehen Sie den Stadtplan von Schwedt/Oder. Seit den sechziger Jahren ist die kriegszerstörte kleine Stadt an der Oder kontinuierlich und massiv gewachsen, als sie zu einem Zentrum der Chemie- und Papierindustrie ausgebaut wurde. In Angrenzung an den kleinen historischen Altstadt kern entstanden die Stadtteile Zentrum und Neue Zeit. Anfang der siebziger und achtziger Jahre wurden auf der Oberen Talsand-

terrasse etwa 11.000 Wohnungen geschaffen - die Hälfte des gesamten Wohnungsbestandes. Zählte die Stadt 1960 noch etwa 8.700 Einwohner, so erreichte die Einwohnerzahl 1980 mit etwa 54.000 Personen ihren höchsten Stand.

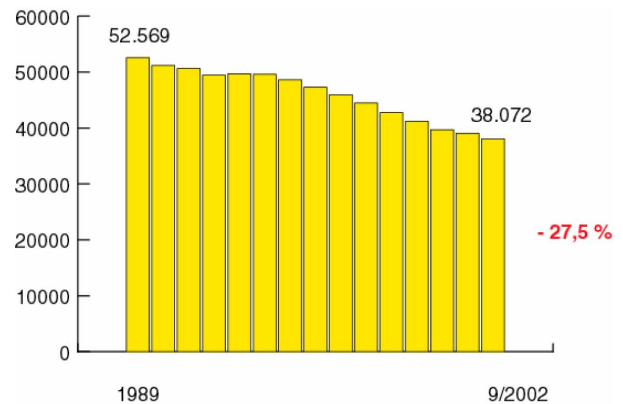


Stadtplan Schwedt/Oder

Die politische Wende bedeutete für die Stadt einen tiefen Einschnitt. Der industrielle Kern der Stadt blieb zwar erhalten, doch mit Privatisierung und der Anpassung der Betriebe an die kapitalistischen Markt- und Konkurrenzfordernde ging ein enormer Abbau von Arbeitsplätzen einher. Arbeiteten vor der Wende in allen Industriebetrieben etwa 12.000 Beschäftigte, so sind es heute noch etwa 3.000. Über zwanzig Prozent der Einwohner sind arbeitslos.

Wanderungen in die alten Bundesländer und in die Eigenheime des Umlands sowie Geburtenrückgänge haben zu immensen Bevölkerungsverlusten geführt. Die Einwohnerzahl ging seit der Wende bis heute um 27 Prozent auf etwa 38.000 Einwohner zurück und der Bevölkerungsverlust hält unvermindert an: 2015 werden in Schwedt, so die Prognosen, zwischen 29.000 und 34.000 Einwohner leben.

Dieser Schrumpfungsprozess bedeutet nicht nur weniger Einwohner - mit dem Bevölkerungsrückgang verändert sich auch die **soziale Struktur** der Stadt:



Einwohnerentwicklung 1989 bis 9/02

- Da vor allem die jüngeren und mobilen Bewohner abwandern, sich auf die Suche nach Arbeit in andere Bundesländer begeben oder das Eigenheim im Umland als Wohnmodell vorziehen, wächst der Anteil der Älteren.
- Es verändert sich auch das Qualifikationsniveau, da es vor allem die Qualifizierten sind, die andernorts Lehr- und Arbeitsstellen finden und die Stadt verlassen. Gleichzeitig wächst die Gefahr, daß gut ausgebildete junge Leute auf dem Schwedter Arbeitsmarkt nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen, wenn Neuanstellungen von Industrie, Handel und Gewerbe stattfinden.
- Es kommt zu einer relativen Zunahme von Einkommensarmut, da es die Familien mit stabileren Einkommen sind, die in die Eigenheimgebiete abwandern. Ärmere Menschen bleiben zurück, ziehen vom Land in die Stadt (Ältere, Alleinstehende) oder aus anderen Regionen (Spätaussiedler) zu.

Bevölkerungsverluste und Betroffenheiten verteilen sich auch **räumlich** nicht gleich, sondern konzentrieren sich - zunächst durch verstärkte Wegzüge, dann planmäßig - auf das **Wohngebiet Am Waldrand**, dem äußeren Teil der Oberen Talsandterrasse.



Obere Talsandterrasse 1996 (Plan: Urbane Projekte, Potsdam)

Hier liegt der Hauptschauplatz des Stadtumbaus und der „Sozialen Stadt“. Die Stadt Schwedt und die Wohnungsunternehmen entschieden sich schon Ende der neunziger Jahre mit dem Rahmenplan für den Rückbau von Außen nach Innen. In der ersten Etappe war der Abriss von 2.800 Wohnungen, eines Gymnasiums, einer Gesamtschule, einer Grundschule, mehreren Kitas vorgesehen.

Flächenabriss und Stadtumbau sind an sich keine neuen Strategien der Stadtentwicklung. Das Neue und Schwierige ist, dass sie Bestandteil eines massiven Schrumpfungs-, nicht eines Wachstumsprozesses sind. Es folgt nichts Größeres, Besseres, nichts, was sich rentiert. Hier wird es einmal Wald und Grünflächen, im besten Fall Eigenheime geben. Gutgemeinte Perspektiven wie „Stadtumbau als Chance“ und der Wettbewerbsbeitrag, der eine Umnutzung von Schulen und Kitas vorsieht, kann Am Waldrand nicht wirklich Hoffnung stiften, solange nicht gleichzeitig Nutzer gefunden sind, die in diesen Gebäuden langfristig auch Arbeits- oder Ausbildungsplätze schaffen oder neue Wege der Selbsthilfe entwickelt werden.



Obere Talsandterrasse 1. Preis des städtebaulichen Wettbewerbs (Plan: Büro Machleidt, Berlin)

Neben Abriss gibt es auch Aufwertung. Doch der Stadtteil wird nur noch ein Bruchteil von dem sein, was er war, zu einer kleinen Siedlung mit etwa 1.500 Bewohnern, 800 Wohnungen und Haushalten zusammenschrumpfen. Der Teil, der erhalten bleibt, am Külzviertel und am Wolff-Ring, wird modernisiert - wobei es Abrisse auch hier geben wird.

Mit Unterstützung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ wird die Weiterentwicklung der Infrastruktur in Angriff genommen. Es wurde eine Skaterbahn gebaut, der Jugendclub wird umgestaltet, der Schulhof, die Sporthalle. Hier befindet sich das „Rückgrat“ des Ganzen, die „soziale Mitte“. Gleichzeitig läßt sich schon heute absehen, dass langfristig auch im südlichen Teil Eingriffe notwendig sein werden.

... und wie sehen es die Bewohner?

Nun zu den Bewohnern Am Waldrand. Häufig werde ich danach gefragt, wann die Bewohner beteiligt werden sollen, wenn es um Stadtumbau geht: von Anfang an, wenn noch alles

offen ist, oder dann, wenn schon ein städtebaulicher Plan über Abriss und Aufwertung vorliegt, über den sich Wohnungsunternehmen und Kommune weitgehend einig sind?

Eigentlich kommt Beteiligung schon zu spät, wenn Abriss im Spiel ist. Ideal wären Mitwirkungsstrukturen, die schon viel früher beginnen und die gesamten Themen und Probleme einer Stadt umfassen: Wohnen und Arbeit, Handel und Gewerbe, Kultur und Bildung, Jung und Alt. Doch dies ist in den wenigsten Städten der Fall. Auch in Schwedt nicht. Wenn die Pläne für Abriß in der Presse veröffentlicht werden, ist es für Information von Seiten der Stadt und der Wohnungsunternehmen mit Sicherheit zu spät. Wenn der Leerstand in hohem Maße sichtbar ist, erwarten die Bewohner auch Lösungen.

Der quartiersöffentliche Informations- und Diskussionsprozess begann in Schwedt mit dem Rahmenplan und wurde mit der Vorstellung des Stadtumbaukonzepts fortgesetzt.

Diese Veranstaltungen waren keine Wunschkonzerte. Hauptanliegen war die schonungslose Information darüber, wie es in der Stadt und im Wohngebiet weitergehen soll, auch wenn sich die öffentliche Sprachregelung veränderte: man sprach lange von Rückzugsgebiet, in dem nicht mehr saniert wird, erst später von Abriss. Schrumpfungsprozesse haben eine eigene und vorsichtiger sprachliche Dramaturgie.

Es ging darum, den **Stadtteilbewohnern** den Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und Handlungsbedarf zu verdeutlichen, sie als Partner zur Bewältigung **gesamtstädtischer** Probleme zu gewinnen, auch um Verständnis und Akzeptanz zu werben, dass die Lasten der Schrumpfung **ungleich verteilt** werden müssen - warum Am Waldrand „nichts mehr passiert“.

Auch wenn in den Versammlungen viele kritische und unzufriedene Stimmen zu hören waren und Fortzüge nach der ersten Veran-

staltung rapide zunahmen, so honorierten die Bewohner die Offenlegung der Pläne. Als dann die Fortschreibung - nun als Stadtumbaukonzept bezeichnet - offiziell bekannt gemacht wurde, hieß es in einem Leserbrief an die Presse: „Die Verantwortlichen haben nun ein Konzept vorgelegt. Gott sei Dank! Jetzt können wir es zerreden.“



Bewohnerversammlung Am Waldrand

Welche Haltung Bewohner zum Stadtumbauprozess einnehmen, ist im wesentlichen vom Grad ihrer Betroffenheit abhängig. Zwar wurde in Diskussionsbeiträgen die städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Grundphilosophie angezweifelt - Ausdünnen der Bebauung statt Flächenabriss eingefordert und die Gründung einer neuen Genossenschaft vorgeschlagen - doch stehen persönliche Lebensplanungen und Mobilitätsbereitschaft im Vordergrund: die finanziellen Möglichkeiten, Alter, Gesundheit oder Krankheit. Jeder von uns würde dies wahrscheinlich auch so sehen.

Der Blick der Bewohner auf das Stadtumbaukonzept ist in erster Linie der Blick auf das eigene Haus: Kommt es weg? Dann muss ich wohl gehen. Bleibt es stehen? Na gut. Eine Mitbestimmung darüber, welche Gebäude abgerissen werden oder stehen bleiben, würde kaum funktionieren, weil die meisten davon ausgehen, dass **ihr** Gebäude und **ihre** Wohnung erhalten bleiben **sollen**.

Das St.-Florians-Prinzip wurde in einem Leserbrief an die örtliche Presse deutlich:

„Mir gefällt das Sanierungskonzept im Stadtteil Waldrand in Schwedt und ich sage auch gleich, warum. Ich kann in meinem Block wohnen bleiben. Und ich höre schon die Vögel zwitschern. Und ich kann wieder in die Ferne blicken, die Anliegerblöcke sollen abgerissen werden.“

Für Kommunen und Wohnungsunternehmen, die den Rückbau noch vor sich haben, lassen sich aus den Erfahrungen in Schwedt einige Hinweise ableiten: Wenn Kommunen und Wohnungsunternehmen mit einem Plan an die Öffentlichkeit gehen, müssen sie darstellen, wo Aufwertung und Abriss vorgesehen sind und wo Entscheidungen noch offen sind - und warum. Bewohner wollen wissen, in welcher Rang- und Reihenfolge die Wohnblöcke leergezogen, abgerissen oder saniert werden und wann Wohnumfeldmaßnahmen und Projekte der Sozialen Stadt greifen.

Das muss von den Verantwortlichen gegenüber den Bewohnern erklärt und gemeinsam mit der nötigen Offenheit diskutiert werden.

Die Bewohner wollen vor allem wissen, wie und von wem der Prozess gesteuert wird. Welche Wohnungen stehen zur Verfügung? Wie wird der Umzug geregelt? Wer bezahlt ihn? Gibt es Hilfe? An wen kann man sich wenden? Das sind Fragen, auf die sie zu Recht Antworten erwarten. Schließlich haben sie die Probleme des Wohnungsleerstands nicht verursacht - sie müssen sie ausbaden. Und: Sie sind als Mieter Vertragspartner der Wohnungsunternehmen. Als solche sollten sie auch künftig gehalten, an die Stadt oder den Stadtteil gebunden werden.

Da in Schwedt nur zwei Wohnungsunternehmen auf dem Markt sind, liegen Umzugsmanagement und Wohnraumversorgung bei ihnen. Die betroffenen Bewohner werden schriftlich informiert, es werden Hausversammlungen über den konkreten Ablauf

durchgeführt, die Mieter individuell betreut. Es gilt der Grundsatz: die Mieter sollen sich in den neuen Wohnungen nicht verschlechtern.

In Schwedt sind Bewohner auch „doppelt“ betroffen. Der erste Rahmenplan erwies sich schon nach kurzer Zeit als zu optimistisch und wurde angesichts der anhaltenden Dynamik der Bevölkerungsverluste korrigiert. Städte und Wohnungsunternehmen haben Glück, wenn sie mit ihren Zahlen für die künftige Wohnungsnachfrage einigermaßen richtig liegen. Bei Fortschreibung des Rahmenplans erhöhten sich die zum Abriss vorgesehenen Wohnungen von 2.800 auf 4.200. Für viele Mieter heißt es: erneut Koffer packen.

Dazu zwei Stimmen von Bewohnern: „Vor kurzem haben wir unser Bad saniert, eine neue Küche gekauft - und überhaupt viel Geld in die Wohnung gesteckt. Dafür gab es grünes Licht vom Vermieter und nun wird das Haus doch abgerissen. Wir wurden beschwindelt.“ Oder: „Ich bin jetzt pleite, habe mein ganzes Geld in die Wohnung gesteckt und nun soll ich ausziehen. Wer bezahlt mir das und wer soll die Möbel aus der Wohnung schleppen? Ich bin 65 Jahre alt und krank. Wenn unser Haus in ein paar Jahren runtergerissen wird, bin ich gar nicht mehr in der Lage, den Umzug zu bewältigen.“

Einige Bewohner und Gewerbetreibende nahmen diese Situation zum Anlass, Unterschriften zu sammeln und eine Bürgerinitiative zu gründen mit der Losung „Der Stadtteil am Waldrand darf nicht sterben“.

Ein Stadtteil auf Zeit: Was ist zu tun?

Zwischen Abriss und Aufwertung steht ein Drittes, etwas, was auf den Plänen nicht zu sehen ist. Wir sprechen vom „Stadtteil auf Zeit“, dem „temporären Stadtteil“. Es ist der Bereich des Wohngebiets, der sich im „Wartestand auf Abriss“ befindet: in dem nach und nach Abrisse stattfinden, Bewohner ständig aus- und umziehen, auf eine Wohnung war-

ten, Schulen geschlossen werden, in dem immer mehr Menschen wohnen werden, die keine Alternativen haben oder sich, wie viele Spätaussiedler, in einer Durchgangsphase befinden - ein Bereich im Niedergang für einen Zeitraum von etwa zehn Jahren, in dem sich das soziale Gefüge mehr und mehr auflöst.

Hier liegt das akute Problem, das in der Stadtumbau- und Rückbaudiskussion noch kaum ins Bewusstsein gerückt ist: Die **Umsetzung** des Stadtumbaukonzepts. Niemand weiß mit Sicherheit, wie es gelingen kann, den Schrumpfungsprozess eines *Stadtteils* zu einer *Siedlung* so zu gestalten, dass ein *funktionierendes Gemeinwesen* am Ende dieses Prozesses steht. Doch ist angesichts der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel schon heute absehbar, daß „temporäre Quartiere“ zu einer neuen Herausforderung auch für andere Stadtumbau-Städte werden.

Hier geht es um temporäre Projekte, preisgünstige Tulpenfelder und mobile Bänke, nicht um Förderzeiträume von 15 Jahren. Es geht um Flexibilität, um zeitnahe Umsetzung, um die finanzielle Unterstützung von Selbsthilfe und Engagement. Hier geht es trotz des unausweichlichen Niedergangs um gegenläufige Kräfte, um Maßnahmen und Projekte mit niedrigen Kosten und hoher Qualität, um Feste, die Spaß machen und labile Nachbarschaften stärken, um fortwährende Integrationsbemühungen in die Gesamtstadt.

Es ist notwendig, in den nächsten fünf bis zehn Jahren den Wegzug aus dem Stadtteil, das Bleibenmüssen, zunehmende soziale Probleme und Resignation zu begleiten und zu betreuen. Vor allem diejenigen zu unterstützen, die Hilfe brauchen und diejenigen, die Hilfe vermitteln: die sich noch für Kinder, Jugendliche, Spätaussiedler - die Alltagsnöte der Bewohner - engagieren und die am Weiterfunktionieren dieses Wohngebiets interessiert sind.

Hoffnung, Mut oder Sicherheit sind in einer Wachstumsgesellschaft zu Hause, nicht da, wo es um Rückzug geht. Wer weiß schon, was in Jugendlichen vorgeht, deren Schule in einigen Jahren nicht mehr existiert, die in einer Wohnung wohnen, die es bald nicht mehr geben wird, die sich mit Freunden treffen und in Familien leben, die vielleicht bald nicht mehr da sein werden?

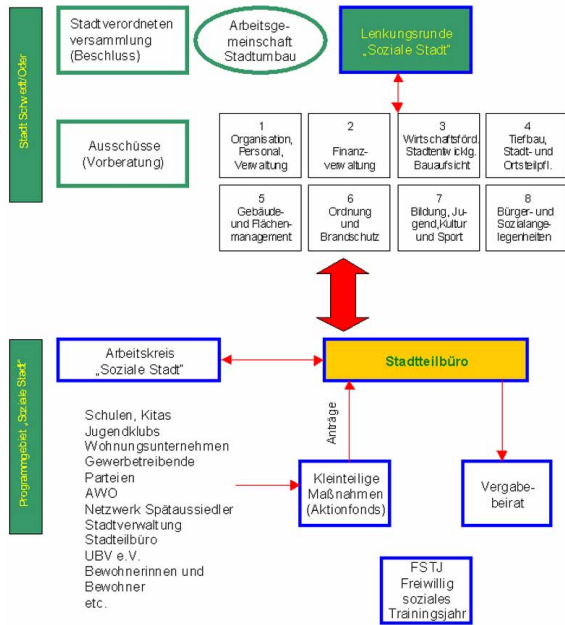


Workshop an der Friedrich-Schiller-Schule

Stadtumbau und Soziale Stadt: Geht es gemeinsam?

Stadtumbau und Soziale Stadt gehören Am Waldrand zusammen. Es geht um Abriß und Rückzug, aber auch um sozialen Ausgleich, um die konstruktive Gestaltung des Schrumpfungsprozesses durch kooperative Strukturen und Projekte mit den Menschen und Einrichtungen vor Ort. Die Grundphilosophie des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, die mit Stabilisierung, Aufwärtsentwicklung, Wiederherstellung eines Gemeinwesens, selbsttragenden Strukturen umschrieben werden kann, muß für diesen Stadtteil modifiziert werden, da am Ende nicht viel übrig bleiben wird.

Inzwischen hat sich eine arbeitsfähige Struktur zwischen Stadtumbau und Sozialer Stadt herausgebildet:



Entscheidungs- und Kooperationsstruktur Stadtumbau und Soziale Stadt

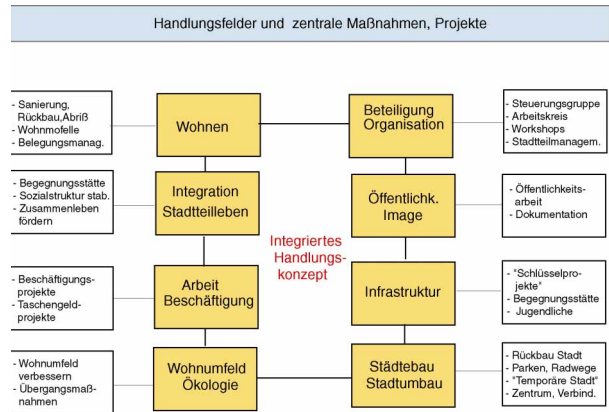
Es ist zu sehen, dass hier von oben nach unten (top down) und von unten nach oben (bottom up) gewirkt wird: Politik, Verwaltung und Wohnungsunternehmen einerseits und miteinander, Vor-Ort-Akteure und Bewohner andererseits und im Zusammenspiel mit Verwaltung und Wohnungswirtschaft.

Die Stadtverordnetenversammlung hat das Stadtumbaukonzept wie das Integrierte Handlungskonzept Soziale Stadt beschlossen.

Arbeitskreis Soziale Stadt

Der Arbeitskreis „Soziale Stadt“ hat in einigen Wochen seine 12. Sitzung. Wohnungsunternehmen, Schulen, Jugendeinrichtungen, Stadtverwaltung, Parteienvertreter, Verbände (AWO etc.), Gewerbetreibende und Bewohner diskutieren über Stadtumbau, Probleme im Stadtteil, über die Lebenssituation von Jugendlichen und Spätaussiedlern. Sie erarbeiteten die Ziele für das Handlungskonzept und Projektideen und setzten manches sofort um.

Zentrale Handlungsfelder sind: Wohnen, Integration und Stadtleben, Arbeit und Beschäftigung, Wohnumfeld und Ökologie, Beteiligung und Organisation, Öffentlichkeit und Image, Infrastruktur sowie Städtebau und Stadtumbau.



Handlungsfelder, was in der Sozialen Stadt zu tun ist - ein Überblick

Inzwischen wurden andere Förderprogramme einbezogen: mit dem E+C das Freiwillige Soziale Trainingsjahr gestartet und eine Begegnungsstätte für Spätaussiedler (AWO) eingerichtet, die für drei Jahre mit zwei engagierten Mitarbeitern und Unterstützung des Innenministeriums Integrationsarbeit leistet. Es wurden interessante Projekte im Förderprogramm KundQ durchgeführt.

Stadtteilbüro

Um die kontinuierliche Beteiligung zu gewährleisten und das Integrierte Handlungskonzept umzusetzen, wurde ein Stadtteilbüro eingerichtet und zwei Mitarbeiterinnen auf ABM- und SAM-Basis eingestellt, die eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Handlungskonzepts und bei Bewohnerbeteiligung spielen. Hier gibt es ein Modell des Stadtteils, das die Etappen des Stadtumbaus aufzeigt, es finden Informationsveranstaltungen zum Stadtumbau mit dem Bürgermeister und den Parteien statt, hier werden Ausstellungen zu Projekten und Beteiligung organisiert ... Die Bewohne-

rinnen und Bewohner informieren sich: als die Wettbewerbsbeiträge ausgestellt wurden, zählte das Stadtteilbüro am ersten Tag 150 Besucher.

Projekte

Im Mittelpunkt stehen die „Schlüsselprojekte“ der Sozialen Stadt.

Nicht in allen Projekten ist die Beteiligung gleich intensiv, sie konzentrierte sich bisher auf zwei Projekte:

Die **Skaterbahn** erfolgte in enger Absprache mit den Skatern und hat sich inzwischen zu einem gesamtstädtischen „Knüller“ für die Jugendlichen entwickelt, wodurch für sie das Gebiet nicht „abgehängt“ wird.

und mehr Sitzgelegenheiten), werden sofort über das Förderprogramm „KundQ“ finanziert. Nun wird in enger Absprache mit der Schule, den Kindern und Eltern von einem Landschaftsplaner ein Konzept für einen „Natur-schulhof“ erstellt.



Schüler präsentieren die Ergebnisse von Projekttagen bei der Kinderkonferenz „Unser Schulhof - unsere Ideen“



Ein Skater aus Cottbus zeigt bei Eröffnung der Schwedter Skaterbahn akrobatische Einlagen auf den Elementen. Foto: Karl-Hans Wendt

Bahn frei für Schwedter Skater

Für 250 000 Euro hat die Stadt eine Skateranlage für Kinder und Jugendliche im Stadtteil Waldrand gebaut

Seit Freitag hat Schwedt eine Skaterbahn. Die 250 000 Euro teure Anlage im Kulturviertel wurde vom Bürgermeister Schafer eingeweiht.

Von MICHAEL DIEBOLD

Schwedt (MOZ) Zahlreiche Kinder und Jugendliche waren zur Eröffnung der Anlage gekommen und besuchten die Bahn und Elemente, auf denen In-

linkator, BMX-Fahrer und Skateboarder fahren, springen und balancieren können. Zur Feier des Tages spendierte die Baufirma Kries aus Bergholz-Meyenburg Cola und Spritze für die Kinder. Das Stadtteilbüro hatte Cottbuser Profi-Skater organisiert, die eine Skate-Show zeigten. Und Bürgermeister Peter Schafer gab sich zur Übergabe kämpferisch und bat in Richtung Anwohner, nicht gleich wie-

der Beschwerde zu führen wegen Lärm von spielenden Kindern, wie in der Bienenbrower Straße. „Wir sollten alle froh sein, dass noch Kinder in dieser Stadt leben und spielen!“ rief er unter Beifall der Einweihungsgäste über den Platz. Die Bahn ist lärmmin-

dernd gebaut. Die Elemente, die in blau und orange leuchten, sind aus kunststoffbeschichtetem Beton, vom TÜV abgenommen und selbst vom

Fachverband der Skater für gut befunden werden.

Die Stadtverordneten, die den Bau der Anlage vor einem Jahr beschlossen, hatten sie bewusst in den Stadtteil Waldrand gelegt: „Wir alle wollen, dass dieser Stadtteil trotz Abriss und Umbau ein lebenswerter Stadtteil ist und bleibt“, so Schafer. Die Kinder liebten sich nicht lange bitten und nahmen die Bahn sofort in Besitz. (M)

Eröffnung der Skaterbahn

Auch Planung und Umgestaltung des **Schulhofs** der Grundschule haben bereits begonnen. Es fanden Projekttagen und eine Kinderkonferenz statt, an der Kinder, Lehrer, Eltern an der Planung beteiligt sind. Einige Wünsche für den Schulhof (Sträucherlabyrinth

Kleinteilige Maßnahmen

Ein wichtiges Instrument sind die Kleinteiligen Maßnahmen. Durch den Arbeitskreis wurde ein Vergabebeirat mit 7 Personen gegründet, dem Vertreter beider Wohnungsunternehmen und von Vereinen, Bewohner und ein Jugendlicher angehören. Vereine und Bewohner können Anträge stellen für kleine Maßnahmen und Projekte und der Vergabebeirat trifft darüber die Entscheidung, das Stadtteilbüro sorgt für eine möglichst unbürokratische Umsetzung.

Folgende Projekte werden derzeit aus diesem Fonds finanziert: eine Mieterin bepflanzt und pflegt einen Brunnen, es wird eine Dokumentation der Jugendbegegnungsreise nach Litauen (AWO, Generationsübergreifende Begegnungsstätte) dokumentiert, es findet ein Erfahrungsaustausch FSTJ-Schwedt und Neuruppin statt, es wurde die Wiederherstellung zerstörter Rampen der BMX-Anlage beantragt, SchülerInnen der Schiller-Schule

möchten ihren Schulhof mit Bepflanzungen verbessern, es wurde ein Adventsmarkt (AWO/ Stadtteilbüro) organisiert, es wird einen Frauentag geben ...

Ausblick

Meine Zeitreise geht zu Ende. Als ich vor ein paar Tagen von Schwedt wieder nach Berlin zurückfuhr, hatte ich nicht die Bilder von leerstehenden Wohnungen und Fabriken im Kopf, sondern die Gespräche in der Stadtverwaltung und im Stadtteilbüro, die Broschüre der Kinderkonferenz und das Projekt „Fassadengalerie“: Kinder und Jugendliche haben bunte Stoffbahnen bemalt, die an öden Fassaden angebracht wurden.

Es gibt beides gleichzeitig: den Rückzug und auch wieder neue Energien. Es gibt leerstehende Häuser und eine bemalte Stoffbahn, auf der von Kindern geschrieben steht: „Wir lieben Schwedt“. Es gibt den Abriß von Gebäuden und es gibt Jugendliche, die ihre Eindrücke in einem Film festhalten und lernen, aus dem Thema Stadtumbau das Beste zu machen.

In Zukunft wird es mit Sicherheit weniger Wohnungen, weniger Gebäude, weniger Einwohner, auch noch viele Probleme und Herausforderungen geben. Vielleicht gibt es in Zukunft aber auch mehr Stadtbewohner, die sich engagieren, an den schwierigen Prozessen mitwirken, sich mit ihrer Stadt identifizieren und mit eigenen Ideen zu einem lebendigen städtischen Leben in Schwedt beitragen.

